

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des **Gemeinderats am 24.06.2010** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Gemeinderat stimmt einer Stundung eines Ablösebetrages für Stellplätze zu.
2. Die Stadt Schwetzingen verkauft ein Grundstück in der Pàpa-StraÙe.

Sitzung des Technischen Ausschusses am 08.07.2010:

1. Das künftige Sonnenschirmkonzept für den Schlossplatz wurde vorgestellt.
2. Der Gemeinderat wurde darüber informiert, dass im Hirschacker eine DSL-Verbindung mit bis zu 4 Megabit pro Sekunde zur Verfügung steht.

In der **Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.07.2010** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Verwaltungsausschuss berät über den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2009.
2. Hinsichtlich der Mensa und Cafeteria am Hebelgymnasium wird befürwortet, an der bisherigen Praxis festzuhalten und weiterhin die Nebenkosten für Strom, Wasser und Abwasser der Küche sowie der hauswirtschaftlich Beschäftigten zu tragen.

Die weiteren in den Sitzungen behandelten Themen sind Gegenstand der heutigen Gemeinderatssitzung.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Herr Haseley, Anwohner der Zähringerstraße, fragt nach den städtischen Aktivitäten in Sachen Lärmaktionen (Aktionsplan), dazu habe er schon 2009 eine Anfrage gestartet.

Der Vorsitzende sagt, dass die Rechtslage nach wie vor die gleiche sei, man habe aber im Hintergrund jetzt schon eine entsprechende Untersuchung beauftragt, da es in Zukunft ja auch die Pflicht zur Aufstellung eines Lärmaktionsplanes für kleinere Gemeinden geben solle.

Weiterhin möchte Herr Haseley wissen, was sich im Hinblick auf die Umstufung klassifizierter Straßen in Schwetzingen gemäß dem Gemeinderatsbeschluss vom Juli 2008 getan habe.

Der Vorsitzende verweist dazu auf die aktuelle Berichterstattung in der Presse und das Gespräch in der Angelegenheit mit dem Regierungspräsidenten. Er wiederholt, dass die Durchsetzung einer Tempo-30-Begrenzung nach Übereinstimmung der Beteiligten eher machbar sei als ein LKW Fahrverbot. Sobald es etwas Neues gebe, werde man ausführlich berichten.

TOP 3 Gemeinderatsangelegenheiten:

**TOP 3.1 Ausscheiden von Stadtrat Werner Bellstedt aus dem Gemeinderat
Vorlage: 883/2010**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende dankt Stadtrat Werner Bellstedt für die Mitarbeit im Gemeinderat. Er habe ihn als kollegialen und sehr sachlich geprägten Stadtrat erlebt.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt gemäß § 31 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) fest, dass Stadtrat Werner Bellstedt wegen des Verlustes der Wählbarkeit nach § 28 GemO zum 01.07.2010 aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 3.2 Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Frau Bettina Gassmann
Vorlage: 886/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag und Erläuterung des Oberbürgermeisters. Dazu erfolgt ebenfalls keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt gemäß §§ 16 i. V. m. 31 Gemeindeordnung (GemO) fest, dass Frau Bettina Gassmann wegen Vorliegen eines wichtigen Grundes nicht in den Gemeinderat nachrückt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 3.3 Nachrücken von Frau Silke Scheiber in den Gemeinderat
Vorlage: 884/2010**

Sitzungsverlauf:

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters zur Bedeutung der Gemeinderatsarbeit sind als Anlage beigefügt.

Anschließend geht der Vorsitzende näher auf die Rechte und Pflichten der Gemeinderäte ein.

Frau Scheiber spricht die Verpflichtungsformel nach und leistet die erforderliche Unterschrift. Aus den Händen des Vorsitzenden erhält sie einen Blumenstrauß.

Ansonsten erfolgt zu diesem Punkt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Als Nachfolger für Stadtrat Werner Bellstedt tritt, die bei der Gemeinderatswahl am 07.06.2009 festgestellte Ersatzbewerberin,

Frau Silke Scheiber,

in den Gemeinderat ein und wird durch den Oberbürgermeister verpflichtet. Hinderungsgründe gemäß § 29 Gemeindeordnung (GemO) liegen nicht vor.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 3.4 Besetzung der Ausschüsse und sonstiger Gremien
Vorlage: 885/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Oberbürgermeisters. Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussfassung erfolgt mit der Enthaltung durch Stadträtin Scheiber.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt im Wege der Einigung, dass Frau Stadträtin Silke Scheiber Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen und sonstigen Gremien wird, in denen der ausgeschiedene Stadtrat Werner Bellstedt Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied war.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 3.5 Ehrung von Stadträten
Vorlage: 882/2010**

Sitzungsverlauf:

Die Laudatio des Vorsitzenden für Herrn Imhof und Herrn Dr. Manske ist als Anlage beigefügt.

Abschließend sagt Oberbürgermeister Pörtl, dass man seines Erachtens aktuell über eine tolle Mischung im Gemeinderat verfüge, dies sei eine prima Voraussetzung für weitere gute Entscheidungen.

Beschluss:

Die Verwaltung hat das Verdienstabzeichen des Städtetags Baden-Württemberg in Gold für 30-jährige Mitgliedschaft im Gemeinderat für

Stadtrat Dr. Walter Manske

beantragt. Die Verleihung des Verdienstabzeichens und der Ehrenurkunde erfolgt in der Gemeinderatssitzung.

Stadtrat Walter Imhof wird für 35-jährige Mitgliedschaft im Gemeinderat durch die Stadt gewürdigt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Feststellung der Jahresrechnung 2009 Vorlage: 865/2010

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende blickt einleitend auf das Ergebnis des vergangenen Haushaltsjahres zurück. Insgesamt sei man sicherlich nochmals recht glimpflich davongekommen. Im Vergleich zu anderen Städten habe Schwetzingen immer noch recht gute Rahmenbedingungen. Dies sei auch besonders wichtig, da sich die Stadt für die Zukunft Gestaltungsspielräume erhalten müsse.

Anschließend tragen Stadtkämmerer Lutz-Jathe die wesentlichen Zahlen der Jahresrechnung beziehungsweise Rechnungsprüfungsamtsleiter Riemensperger die Ergebnisse seines Prüfberichtes der Jahresrechnung vor (siehe jeweils als Anlage).

Die Stellungnahmen von Stadtrat Dr. Förster, Stadtrat Dr. Manske, Stadtrat Dr. Grimm und Stadträtin Fackel- Kretz- Keller sind als Anlage beigefügt.

Stadträtin Maier- Kuhn verweist in Ihrer Stellungnahme auf die ständig steigenden Kosten für die Kinderbetreuung. Hier würden immer mehr Lasten auf die Kommunen verteilt. Dadurch würden die Spielräume von Jahr zu Jahr enger.

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO wie folgt festgestellt:	EUR
a) Einnahme- und Ausgabesoll Verwaltungshaushalt	48.820.035,71
davon Zuführung an den Vermögenshaushalt	752.010,86
b) Einnahme- und Ausgabesoll Vermögenshaushalt	7.344.137,84
davon Entnahme an die Allgemeine Rücklage	2.726.987,48
c) Einnahme- und Ausgabesoll Gesamthaushalt	56.164.173,55
2. Summe des Anlagevermögens am 31. Dezember 2009	155.714.024,35
3. Stand der Schulden am 31. Dezember 2009	3.128.537,62
4. Stand des Deckungskapitals am 31. Dezember 2009	152.585.486,73
5. Stand der Allgemeinen Rücklage am 31. Dezember 2009 (Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO: 981.614 EUR)	2.834.397,17

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.07.2010

6. Folgende Reste werden übertragen:

a) Verwaltungshaushalt	
Kasseneinnahmereste	1.689.745,00
Kassenausgabereste	0,00
b) Vermögenshaushalt	
Haushaltseinnahmereste	1.576.000,00
Haushaltsausgabereste	1.176.119,31
Kasseneinnahmereste	64.522,76
Kassenausgabereste	0,00

7. Den in der Jahresrechnung 2009 ausgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Mehrausgaben) über 20.000 EUR im Einzelfall wird zugestimmt.

8. Der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2009 wird zur Kenntnis genommen.

9. Der Beteiligungsbericht 2009 für die Stadtwerke Schwetzingen gemäß § 105 Abs. 2 GemO wird zur Kenntnis genommen.

Ja 23 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Eigenbetrieb Bellamar - Feststellung des Jahresabschlusses 2009 etc. Vorlage: 887/2010

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende macht deutlich, dass das Ergebnis des Bellamars für 2009 insgesamt von dem guten Jahresergebnis der Stadtwerke profitiere und dadurch ein geringerer Verlust für die Stadt entstehe. Er verweist auf die gebildete Rückstellung für unterlassenen Unterhaltungsaufwand. Diese habe sich als richtig erwiesen. Wesentliche Arbeiten seien zwischenzeitlich schon abgearbeitet. Der Wechsel in der Werkleitung lasse ihn sehr positiv nach vorne schauen. In den nächsten Jahren stünden ja bekanntlich erhebliche Investitionen für die Sanierung des Bades an, die jetzt genauer untersucht würden.

Insgesamt sei das Jahresergebnis 2009 dann doch noch recht erfreulich, was auch die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes bestätigt habe.

Stadtrat Dr. Förster sagt in seiner Stellungnahme, dass ihm der Zustand einzelner Bereiche des Bades schon Sorgen mache. Hier habe sich wirklich ein Investitionsstau gebildet. Auch er spricht sich dafür aus jetzt keine lange Ursachenforschung in der Vergangenheit zu betreiben, sondern gemeinsam mit der neuen Werkleitung den Blick nach vorne zu richten. (s. Anlage)

Beschluss:

A. Der Jahresabschluss 2009 wird wie folgt festgestellt:

1. Bilanzsumme	13.741.803,07 €
1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	13.239.202,06 €
- das Umlaufvermögen	502.601,01 €
1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	5.914.196,24 €
- die Rückstellungen *	166.526,00 €
- die Verbindlichkeiten	7.661.080,83 €
2. Jahresverlust	85.207,63 €
2.1 Summe der Erträge	3.047.882,45 €
2.2 Summe der Aufwendungen	3.133.090,08 €

B. Behandlung des Jahresverlustes 2009:

Ausgleich aus dem Haushalt der Gemeinde	85.207,63 €
---	-------------

C. Entlastung der Werkleitung

Gemäß § 5 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes wird der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

* davon für unterlassene Instandhaltungen	100.000,00 €
---	--------------

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 6 Gesamtkonzept für die künftige Steuerung der Ansiedlung von
Vergnügungsstätten in Schwetzingen
Vorlage: 860/2010/1**

Sitzungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

In der Einführung zum Thema Vergnügungsstätten sagt der Vorsitzende einleitend, dass man diese gerade entgegen der rechtlichen Gegebenheiten in der Innenstadt nicht haben wolle und deswegen künftig aktiv steuern wolle und müsse.

Herr Dr. Markert von der Imakomm Akademie trägt anschließend seine Präsentation zur Konzeption der Vergnügungsstätten vor. Er richtet eingangs ein großes Lob an Schwetzingen. Hier habe man in den letzten 2 Jahren in den Bereichen Stadtmarketing, Einzelhandel und Vergnügungsstätten viel erreicht.

Zum Thema Einzelhandelskonzept sagt der Vorsitzende, dass es hier im Vorfeld ja bereits intensive Abstimmungen mit dem Nachbarschaftsverband und den Nachbargemeinden gegeben habe. Ebenso sei das Konzept juristisch geprüft. Nach dem endgültigen Beschluss des Konzeptes im Herbst werde man dann an die Umsetzung in den einzelnen Bebauungsplänen gehen. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den betroffenen Mitarbeitern der Verwaltung für die doch sehr schwierige und intensive Vorbereitung.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Markert zum Einzelhandelskonzept sind ebenfalls als Anlage beigefügt.

Stadtrat Muth bedankt sich für die übersichtliche und kompetente Darstellung der Themen. In beiden Fällen handele es sich um sinnvolle Planungen. Wichtig sei, dass diese auch juristisch Stand hielten. Mit der Sortimentsliste verfüge man künftig über gute Steuerungsmöglichkeiten im Einzelhandel.

Stadtrat Petzold schließt sich in Sachen Vergnügungsstätten seinem Vorredner an. Seine Ausführung zum Einzelhandelskonzept ist als Anlage beigefügt.

Stadträtin Glöckler wundert sich, dass es in Krisenzeiten überhaupt einen Trend zu Spielstätten gebe. Die Planung sei jedoch überfällig, da man ja schließlich in Schwetzingen schon über einzelne Vergnügungsstätten verfüge. In der Zukunft könne man hier gut steuern. Das Einzelhandelskonzept wird nach wie vor begrüßt. Hier habe man 2009 schon ausführlich Stellung genommen.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Völker und Stadträtin Maier- Kuhn sind als Anlage beigefügt.

Die Beschlussvorschläge werden anschließend einzeln abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Gesamtkonzepts für die künftige Steuerung der Ansiedlungen von Vergnügungsstätten in Schwetzingen sowie die Ergänzungen zu weiteren Standorten zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt, mit dem vorliegenden Konzept die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen und die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen, mit dem Ziel, nach Abwägung der Eingaben das Gesamtkonzept für die künftige Steuerung der Ansiedlungen von Vergnügungsstätten in Schwetzingen als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zu beschließen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes Vorlage: 874/2010/1

Sitzungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

In der Einführung zum Thema Vergnügungsstätten sagt der Vorsitzende einleitend, dass man diese gerade entgegen der rechtlichen Gegebenheiten in der Innenstadt nicht haben wolle und deswegen künftig aktiv steuern wolle und müsse.

Herr Dr. Markert von der Imakomm Akademie trägt anschließend seine Präsentation zur Konzeption der Vergnügungsstätten vor. Er richtet eingangs ein großes Lob an Schwetzingen. Hier habe man in den letzten 2 Jahren in den Bereichen Stadtmarketing, Einzelhandel und Vergnügungsstätten viel erreicht.

Zum Thema Einzelhandelskonzept sagt der Vorsitzende, dass es hier im Vorfeld ja bereits intensive Abstimmungen mit dem Nachbarschaftsverband und den Nachbargemeinden gegeben habe. Ebenso sei das Konzept juristisch geprüft. Nach dem endgültigen Beschluss des Konzeptes im Herbst werde man dann an die Umsetzung in den einzelnen Bebauungsplänen gehen. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den betroffenen Mitarbeitern der Verwaltung für die doch sehr schwierige und intensive Vorbereitung.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Markert zum Einzelhandelskonzept sind ebenfalls als Anlage beigefügt.

Stadtrat Muth bedankt sich für die übersichtliche und kompetente Darstellung der Themen. In beiden Fällen handele es sich um sinnvolle Planungen. Wichtig sei, dass diese auch juristisch Stand hielten. Mit der Sortimentsliste verfüge man künftig über gute Steuerungsmöglichkeiten im Einzelhandel.

Stadtrat Petzold schließt sich in Sachen Vergnügungsstätten seinem Vorredner an. Seine Ausführung zum Einzelhandelskonzept ist als Anlage beigefügt.

Stadträtin Glöckler wundert sich, dass es in Krisenzeiten überhaupt einen Trend zu Spielstätten gebe. Die Planung sei jedoch überfällig, da man ja schließlich in Schwetzingen schon über einzelne Vergnügungsstätten verfüge. In der Zukunft könne man hier gut steuern. Das Einzelhandelskonzept wird nach wie vor begrüßt. Hier habe man 2009 schon ausführlich Stellung genommen.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Völker und Stadträtin Maier- Kuhn sind als Anlage beigefügt.

Die Beschlussvorschläge werden anschließend einzeln abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt das Umsetzungskonzept zur Einzelhandelssteuerung einschließlich der darin enthaltenen Festlegung des zentralörtlichen Versorgungsbereiches und der örtlichen Sortimentsliste sowie das zugrunde liegende Einzelhandelskonzept 2015 zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt, mit dem vorliegenden Konzept die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen und die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen mit dem Ziel, nach Abwägung der Eingaben das Umsetzungskonzept zur Einzelhandelssteuerung sowie das zugrunde liegenden Einzelhandelskonzept 2015 als städtebauliche Entwicklungskonzepte im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zu beschließen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Bebauungsplan Nr. 82 "Ehemaliges Ausbesserungswerk"
Beschluß über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und
Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 870/2010/1**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende freut sich, dass man mit dem vorliegenden Entwurf eine sinnvolle Planungsgrundlage für gewünschte Ansiedlungen schaffen könne. Die Ausweisung als Gewerbegebiet (GE) stelle sicher, dass es im Gegensatz zu einem Industriegebiet nicht zu weit gefassten Nutzungen komme.

Man werde erst in die Öffentlichkeitsbeteiligung gehen, wenn alle grundsätzlichen Fragen mit dem Eigentümer geklärt sind. Dabei sei man auf gutem Wege. Ebenso sei der Nachbarschaftsverband eingebunden.

Im Zusammenhang mit der Frage der naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen regt Stadträtin Glöckler an, doch mal wieder einen Umweltausschuss einzuberufen. Der Vorsitzende sagt, dass man hierzu schon einen Termin anvisiert habe.

Abschließend spricht er der beauftragten Firma FIRU und den Mitarbeitern der Verwaltung seinen Dank aus. Hier sei in den letzten Wochen und Monaten ein echter Kraftakt geleistet worden.

Beschluss:

1. Die Stadt Schwetzingen beschließt die Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes „Ehemaliges Ausbesserungswerk“. Der Geltungsbereich des geänderten Bebauungsplanes umfasst die in der Anlage 2 dargestellten Flurstücke.
2. Die Stadt Schwetzingen billigt den Entwurf der Planzeichnung, der textlichen Festsetzungen, der Begründung Teil A und B (Umweltbericht) zum Bebauungsplan Nr. 82 "Ehemaliges Ausbesserungswerk".
3. Die Stadt Schwetzingen beschließt zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.
4. Die Stadt Schwetzingen beschließt die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB von der Auslegung zu benachrichtigen und zur Äußerungen aufzufordern.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Kindergartenbedarfsplanung und -weiterentwicklung **Vorlage: 868/2010/1**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Fackel- Kretz- Keller und Stadtrat Abraham erklären sich für befangen und verlassen den Ratstisch.

Der Vorsitzende sagt einleitend, dass man für die Kinderbetreuung in den letzten Jahren in Schwetzingen schon viel getan habe. Klar sei auch, dass Schwetzingen insgesamt von den Preisen her, zum Beispiel für Wohnraum, keine billige Gemeinde sei. Gegen den Trend habe Schwetzingen jetzt erfreulicherweise mehr Kinder als vorhergesagt. Dies sei eine gute Chance um eine junge Stadt zu bleiben. Heute gebe es aktuelle Informationen zu den Bedarfszahlen und möglichen Maßnahmen in der Zukunft. Gleichzeitig stehen einige Sofortmaßnahmen zur Entscheidung an. Weitergehende, umfangreiche Beschlüsse würden dann aber erst im Herbst fallen, wenn auch die Haushaltssituation für 2011 klarer sei. Völlig außer Zweifel stehe, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu 100% zu erfüllen sei.

Herr Strieker stellt anschließend die einzelnen Zahlen der Bedarfsplanung im Einzelnen vor. Er geht dabei auch auf die schon erreichten Verbesserungen durch maximale Ausnutzung der Gruppennzahlen ein. Ebenso erläutert er alle theoretisch bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten in den jeweiligen Einrichtungen.

Der Vorsitzende sagt, dass, selbst wenn man alle Möglichkeiten der kirchlichen und freien Träger betrachte, man nicht umhinkommen werde, eine eigene Einrichtung zu bauen. Dies solle man jedoch erst beschließen, wenn die Haushaltsplanung 2011 klarer sei. Von Seiten des Landes sei lediglich mit einer Förderung von 17% des Aufwands zu rechnen. Insgesamt kämen auf die Stadt enorme Anstrengungen zu. So gelte es alleine 4 Mio. EUR Investitionen plus die Kosten für einen Grunderwerb aufzuwenden. Hinzu kämen zusätzliche laufende Kosten von mindestens 350 TEUR jährlich, nach Abzug von Zuweisungen durch den Finanzausgleich und zusätzliche Einnahmen aus Kindergartengebühren. Klar sei, dass man sich hier auch über Finanzierungsmöglichkeiten Gedanken machen müsse.

Die Personalschlüssel wurden nach vorbereitenden Untersuchungen durch die Kommunalentwicklung sowie anschließenden weiteren Verhandlungen bedarfsgerecht anerkannt.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof, Stadtrat Dr. Grimm und Stadträtin Glöckler sind als Anlage beigefügt. Stadtrat Völker und Stadträtin Maier- Kuhn signalisieren die Zustimmung Ihrer Fraktion.

Der Vorsitzende zeigt sich abschließend überzeugt davon, dass man einen guten Weg finden werde. Maximallösungen seien dabei sicherlich nicht finanzierbar. Er dankt Herrn Strieker und Herrn Seidel für die sehr, sehr umfangreiche und schwierige Vorbereitung.

Beschluss:

1. Die Kindergartenbedarfsplanung wird zur Kenntnis genommen.
2. Zur kurzfristigen Überbrückung von Kindergartenplätzen wird auf dem Gelände des städtischen Kindergartens Spatzennest zum Beginn des Kindergartenjahres 2010/11 ein Container gestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, das für den Betrieb erforderliche Personal einzustellen und die Ausstattung im Vorgriff auf die Weiterverwendung in einer neu zu bauenden Einrichtung anzuschaffen.
3. Die Maßnahmen „Einrichtung Schlafräum Lutherkindergarten, Klimaanlage und Küche Kindergarten Arche Noah“ werden befürwortet. Die Verwaltung wird mit der umgehenden Umsetzung beauftragt.
4. Die verschiedenen Varianten zur Erweiterung des Kindergartenangebotes (Ergänzungs- und Neubauten) und die damit einhergehenden Kosten werden vorgestellt und zur Kenntnis genommen. Die weitergehende Beratung und Entscheidung erfolgt im Herbst mit Blick auf den Haushalt 2011 ff.
5. Der Stellenschlüssel für die Kindergärten Arche Noah und Luther nach der KVJS-Methode und der festgestellten Bedarf der Erhöhung um insgesamt 2,7 Stellen (1,25 Arche Noah und 1,45 Luther) wird zur Kenntnis genommen. Zum September 2010 wird dem Kindergarten Arche Noah vorab eine 25-Stunden-Kraft als Sofortmaßnahme zugestanden. Die weitere Umsetzung der Personalanpassung soll im Herbst mit Blick auf den Haushalt 2011 ff. entschieden werden.
6. Der Vertrag mit dem Verein für Waldorfpädagogik zum Betrieb des Waldorfkindergartens wird rückwirkend zum 01.01.2009 geändert. Der städtische Anteil an den Gesamtausgaben erhöht sich auf 75 %. Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschließen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 2

TOP 10 Anpassung der Kindergartengebühren Vorlage: 871/2010

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende begründet die vorgeschlagenen Anpassungen. Nach einer längeren Pause gebe es jetzt eine moderate Erhöhung, die zunächst nur für die eigene Einrichtung der Stadt gelte. Es sei aber guter Usus, dass die anderen Träger und die Stadt im Einklang vögingen. Gerade die kirchlichen Träger hätten jetzt auch eindeutig signalisiert, dass es ohne eine Erhöhung nicht gehen könne. Jedoch gebe es aus Schwetzingen immer noch ein klares Signal für Familienfreundlichkeit, da man auch nach der Erhöhung noch immer weit unter den Vorschlägen des Städtetages bleibe.

Ebenso werde deutlich, dass ein erheblicher Anteil des Haushaltes jährlich in die Kinderbetreuung fließe. Einvernehmlich habe man sich auch im Kindergartenkuratorium gegen die Einführung des Württemberger Modells ausgesprochen, da dies Familien mit einem Kind stark belaste. Die Schwetzingener Lösung sei hier wirklich besser. Beim Thema Essen müssten alle Einrichtungen ihren Weg finden. Eine bessere Qualität habe auch ihren Preis und vorhandene Strukturen der Essenszubereitung seien in den Einrichtungen sowohl von Träger als auch Elternschaft ausdrücklich erwünscht. Einigkeit bestehe bei allen Trägern, dass die Essensgebühren die Kosten jeweils zu 100 % decken sollten. Zu bedenken sei hierbei, dass Eltern zu Hause ansonsten ihr Kind ebenfalls verpflegen müssten und beim städtischen Kindergarten, heruntergerechnet auf das einzelne Essen, ein moderater Preis gewährleistet werden könne.

Nach der Beschlussfassung wolle man alle Eltern anschreiben und über die Hintergründe der Erhöhung informieren. Dazu werde man auch alle vorliegenden Tabellen überlassen.

Auf Wunsch von Stadträtin Menges erfolgt einvernehmlich eine getrennte Abstimmung der Einzelpunkte des Beschlussvorschlages.

Stadtrat Imhof signalisiert die Zustimmung der CDU. Er weist darauf hin, dass die Stadt schon jetzt die kirchlichen und freien Träger jährlich mit ca. 2,7 Mio. bezuschusse. Dies sei schon ein stattlicher Betrag. Ansonsten bittet er, die Essenskalkulation zu gegebener Zeit auch wieder einmal zu überprüfen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Melkus und Stadträtin Rempp sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Abraham sagt, dass sich die SPD-Fraktion intensiv mit dem Thema befasst habe. Der Vorschlag sei doch ein gutes familienpolitisches Signal. Die Erhöhung sei zwar schmerzlich, bilde aber letztendlich einen guten Kompromiss. Die ursprünglich angestrebte Gebührenfreiheit für Kindergärten sei aktuell leider noch nicht möglich. Hier treffe man auch auf das Versagen von Bund und Land.

Stadträtin Menges lehnt die Vorschläge ab, da sie ein falsches Signal bildeten. Kinder stellten die Zukunft dar. Hier dürfe man nicht sparen. Zudem sei ein Kindergartenbesuch so wichtig wie ein Schulbesuch, wenn man es mit der Bildung ernst meine. Grundsätzlich spreche man sich für die Abschaffung der Kindergartengebühren aus.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.07.2010

Der Vorsitzende weist sehr eindrücklich darauf hin, dass die Ablehnung des Beschlusses bedeuten würde, dass man hier einen einheitlichen Weg für Schwetzungen aufkündige und einen Sonderweg beschreite. Die Arbeit des Kindergartenkuratoriums wäre dann umsonst gewesen. Klar sei, dass die anderen Träger anpassen müssten und werden.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Beschluss:

1. Die Gebühren für die Nutzung der Kindergärten werden zum 01.09.2010 entsprechend der Beschlussvorlage angepasst.
2. Die Elternbeiträge sollen die unterschiedlichen Kosten für das Essen in den Einrichtungen jeweils zu 100 % decken.
3. Für den städtischen Kindergarten Spatzennest wird zum 01.09.2010 eine Hauswirtschaftskraft mit 15 Stunden Beschäftigungsumfang eingestellt. Die Kosten hierfür sind durch die entsprechenden Elternbeiträge gemäß Ziffer 2 abzudecken.

Abstimmungsergebnis

zu Ziff 1:

Ja 12 Nein 10 Enthaltung 2 Befangen 0

zu Ziff. 2:

Ja 13 Nein 10 Enthaltung 2 Befangen 0

zu Ziff. 3:

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 11 Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften
Vorlage: 867/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden. Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die „Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte“.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12 Finanzierung der 2. Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar Streckenabschnitt
Mannheim-Karlsruhe
Vorlage: 875/2010/1**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den Verwaltungsvorschlag. Die Planungen für die Erweiterung des S-Bahn-Netzes liefern aktuell auf Hochtouren. Schwetzungen werde auf jeden Fall die drei dargestellten Haltepunkte haben.

Man werde sich jetzt noch darum kümmern, auch für den Haltepunkt im Hirschacker die Barrierefreiheit in der Ausführung zu erreichen. Mit der Einrechnung des später frei werdenden Armeegeländes könne man vielleicht noch erreichen, dass die Quote dafür ausreiche.

Beschluss:

Der technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Haushaltsmittel in Höhe von 326 500€ für die Abschlagszahlungen an den Rhein-Neckar-Kreis werden außerplanmäßig genehmigt und auf den Haushaltsstellen

2.7920.941000-001 Haltepunkt Bahnhof	Kosten: 122.880 €
2.7920.944000-001 Haltepunkt Nord	Kosten: 97.200 €
2.7920.945000-001 Haltepunkt Hirschacker	Kosten: 106.420 €

gemäß Zahlungsplan des Landratsamtes bereitgestellt. Die Zahlungsmittel sind im Nachtragshaushalt 2010 bereitzustellen.

2. Die voraussichtlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 146.168 € werden im Haushalt 2011 bereitgestellt. Die voraussichtlich erforderlichen Kosten in Höhe von 146.168 € (2012) und 146.168 € (2013) werden im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 13 Gesamtentwässerungsplan 2010
Vorlage: 869/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Oberbürgermeisters. Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Der Gesamtentwässerungsplan 2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Gesamtentwässerungsplan GEP 2010 zur weiteren Prüfung an das Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises weiterzuleiten.
3. Der Ertüchtigung des Kanalnetzes auf Grundlage des GEP 2010 wird zugestimmt.
4. Die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung zum Haushaltsplan 2011.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 14 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 880/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Oberbürgermeisters. Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 15 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Beschluss:

Der Vorsitzende gibt noch aktuelle Informationen zu zur aktuellen Sanierung des Stadiondaches, die mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket 2 bezuschusst sei.

